

Antrag

an den Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg (23./24.01.2010)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Entschliessung

**Schluss mit den Zweideutigkeiten –
Leiharbeit muss verboten werden !**

Der Landesparteitag begrüsst die Entschlossenheit der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, sich für ein Verbot der Leiharbeit einzusetzen. Ohne Vorgriff auf ein noch zu erarbeitendes Landeswahlprogramm unterstreicht er die Notwendigkeit gleichermaßen unmissverständlicher Positionierung der LINKEN Baden-Württemberg mit der Forderung nach Abschaffung prekärer Beschäftigung im Land einschliesslich eines Verbots von Leiharbeit. Dabei ist klarzustellen, dass das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit ab dem ersten Arbeitstag und eine Begrenzung der Entleihe von Beschäftigten an ein Unternehmen auf maximal sechs Monate allenfalls Zwischenschritte auf dem Weg zu einem Verbot dieser Beschäftigungsform sein können.

Begründung:

In zurückliegenden Wahlkämpfen war von prominenten VertreterInnen unserer Partei in Reden oder bei Talkshow-Auftritten wiederholt zu hören, dass es sich bei der Leiharbeit (Arbeitnehmerüberlassung) nach unserem Verständnis um „moderne Sklaverei“ handelt. Diesem Befund kann nur zugestimmt werden.

Dass sich aber andererseits Parteigliederungen wie z.B. unser Landesverband noch im Frühjahr 2009 trotz überzeugend begründeter Anträge ausdrücklich nicht zu einer Forderung nach Verbot dieser besonders unerträglichen Beschäftigungsform durchringen wollte, gehört zu den ärgerlichen Auffälligkeiten, denen die mitunter zu konstatierenden Defizite unserer Partei in Sachen Klarheit und Glaubwürdigkeit geschuldet sind.

Vor diesem Hintergrund ist zu begrüßen, dass Oskar Lafontaine am 10.11.2009 vor dem Deutschen Bundestag in seiner Entgegnung auf die Regierungserklärung klarstellte:

„Nein, Sie müssen endlich Ihr Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes verbessern und zur Kenntnis nehmen, was eigentlich ist. Dann hätten sie beispielsweise gesehen, dass die Hauptbetroffenen der verfehlten Politik der letzten Jahre die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter waren. Kein Wort zu diesem Skandal. Wir als Partei DIE LINKE bleiben dabei, dass die Leiharbeit verboten oder zumindest weitgehend reduziert werden muss.“

Ebenso bemerkenswert ist, dass DIE LINKE. NRW in ihrem kürzlich verabschiedeten Landeswahlprogramm fordert:

„Ein Verbot von Leiharbeit; bis dahin wollen wir das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit ab dem ersten Arbeitstag ohne Ausnahme durchsetzen; darüber hinaus sollten Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen nicht länger als sechs Monate an ein Unternehmen entliehen werden dürfen.“

Mit beiden Botschaften wird ungeachtet der Hinweise auf zunächst weniger drastische Beschränkungen das Verbot der Leiharbeit als klares politisches Ziel benannt. Es gibt keinen vernünftigen Grund für eine „moderatere Forderungskultur“ der baden-württembergischen LINKEN.

(beschlossen in der Sitzung des Kreisvorstands am 09.12.2009)